

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 26.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 18. Dezember 1897.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Goseriede 9A.

6. Jahrg.

Der Kampf der englischen Maschinenbauer.

Die Konferenz zwischen den Maschinenbauern und den Wortführern des Unternehmerverbandes ist am 4. Dezember ohne Ergebnis zu Ende gekommen. Das kann allerdings bei dem unersöhnlichen Verhalten der Unternehmer nicht überraschen. Als Herr Ritchie, der Präsident des Handelsamtes, den Zusammenritt der Konferenz sicherte, hatte man ein vorläufiges Uebereinkommen erzielt, das für die Verhandlungen maßgebend sein sollte. Die Unternehmer gaben die Zusicherung ab, daß sie nicht die Absicht hätten, die geschlichen Handlungen der Trades-Unionen zu beeinträchtigen; ihrerseits erklärten die Arbeiter, daß sie, ohne Gefährdung ihres Vereinsrechtes, jede Absicht, sich in die Leitung der Betriebe einzumischen, in Abrede stellten.

Es wurde des Weiteren vereinbart, daß die Konferenz Mittel und Wege berathen solle, wie man in Zukunft Streitigkeiten vorbeugen könne. Ein dritter Punkt war die Arbeitszeit, d. h. die von den Arbeitern gestellte Forderung eines achtstündigen Arbeitstages. Wenn man sich erinnert, daß vor mehr als 20 Wochen diese von den Arbeitern dreier Londoner Maschinenwerkstätten gestellte Forderung den ersten Anstoß zu der Krisis gab, die gegenwärtig so gewaltigen Umfang angenommen und über 83 000 Arbeiter brotlos gemacht hat, so muß es einigermaßen überraschen, daß diese Angelegenheit den letzten Platz auf der Geschäftsordnung erhielt. Der Grund, weswegen den Unternehmern diese Anordnung der zu behandelnden Gegenstände angenehm war, liegt jetzt klar zu Tage. Die Meister haben die Frage der Betriebsbedingungen in den Vordergrund gestellt, weil sie wußten, daß in dieser Angelegenheit keine Einigung mit den Arbeitern erzielt werden könne. Die Unternehmer sahen in der von ihnen beanspruchten Handlungsfreiheit in der Leitung der Betriebe das bequemste Mittel, nicht zum Abschluß des Friedens, sondern zur bedingungslosen Niederzwingung der Arbeiter.

Als vor acht Tagen nach dreitägiger Besprechung das vorläufige Abkommen unterzeichnet war, das den Arbeitgebern in der Leitung der Betriebe gänzlich freie Hand gestattete, war für die Arbeiter die Niederlage schon besiegelt. Man suchte zwar die ganze Woche hindurch den damals vereinbarten Grundsatz in seiner Anwendung auf die einzelnen Zweige des Geschäftsbetriebes abzuschwächen, aber umsonst. Die Unternehmer haben nicht nachgegeben. Die von ihnen aufgestellten Forderungen umfaßten nicht nur alle Betriebsbedingungen, von denen anfänglich so viel die Rede gewesen ist, sondern auch die Lohnsätze, die Ueberzeitarbeit, die Bevorzugung der Nichtverbandsmitglieder, die ganze Stellung der dem Verband angehörenden Arbeiter: den Arbeitern wurde zugemuthet, daß sie auf alle Schutzmittel gegen die Ausbeutung Verzicht leisten sollten, die man in mühseligem Ringen während zweier Menschenalter erkämpft hatte; sie sollten als Entschädigung nichts erhalten. Den Gewerksvereinen als solchen hat man nichts angethan, nur hat man sie aller Mittel beraubt, für ihre Mitglieder das Geringste zu thun. Das sind die Friedensbedingungen des Unternehmerverbandes.

Die Maschinenbauer haben den Frieden gewollt; denn sie haben von Anfang an erklärt, daß sie keine Einmischung in die Betriebsleitung verlangen. Sie haben den Unternehmern die völlige Freiheit in der Auswahl ihrer Arbeiter zugestanden; sie haben unter der Bedingung, daß der Normallohn gezahlt werde, das Recht des Arbeitgebers anerkannt, beliebige Arbeiter zur Besorgung der Maschinen anzustellen; sie haben auch in Bezug auf Lehrlinge nachgegeben (auf je drei Arbeiter sollte ein Lehrling kommen). Die ihnen zur Last gelegte Beschränkung der Produktion haben sie eierlich in Abrede gestellt, und auch gegen die Einführung der arbeitssparenden Maschinerie haben sie nichts einzuwenden. Sie haben sogar die allgemeine Einführung der Stückarbeit gutgeheißen, vorausgesetzt, daß die Arbeiter als Körperschaft in der Festlegung der Bedingungen mitreden dürfen. Ihr Verlangen beschränkte sich darauf, daß sie das Recht beanspruchten, in der Festlegung ihrer Löhne ein Wort mitreden zu dürfen. Man sieht, daß die Arbeiter die vor dem Zusammen treten der Konferenz vereinbarten Bedingungen gehalten haben.

Die Meister haben von Anfang an keinen Kompromiß gewollt. Deshalb haben sie den Arbeitern zuge-

muthet, solche Betriebsbedingungen anzunehmen, die in irgend einer zum Verbands gehörenden Werkstätte am Anfang des Streites bestanden, gleichviel ob die Union diese Bedingungen billigte oder nicht. Deshalb haben sie für sich das Recht beansprucht, Mitglieder des Gewerksvereins auszusperrn, während die Maschinenbauer sich verpflichten sollten, mit Unionisten und „Wilden“ zu arbeiten. Deshalb bestanden die Meister auf dem Recht, mit einzelnen Arbeitern und nicht durch Vermittelung des Gewerksvereins in Bezug auf Stückarbeit Abkommen zu treffen. Deshalb beanspruchten sie für den einzelnen Arbeiter und Arbeitgeber das Recht, die Stunden der Ueberzeitarbeit nach Gutdünken zu ordnen. Deshalb bestanden sie auf dem Grundsatz, daß jeder Arbeiter nach Maßgabe seiner Fähigkeit bezahlt werden solle, und daß jeder Arbeitgeber einen Arbeiter nach einem beliebigen Lohnsatz bezahlen dürfe.

In einer Kundgebung haben die Wortführer der Arbeiter erklärt, daß die von den Arbeitgebern aufgestellten Vorschläge in geradem Widerspruch stehen zu den Grundföhen des Trades-Unionismus. Aus dieser Erklärung läßt sich nur eine Folgerung ziehen, die nämlich, daß die 14 Abgeordneten den Mitgliedern der Gewerksvereine die Verwerfung der Vorschläge anempfehlen. Das war wohl kaum nöthig. Denn schon während der Konferenz machte sich eine zunehmende Unzufriedenheit der Maschinenbauer mit dem Gebahren ihrer Wortführer bemerkbar, denen man den Vorwurf machte, daß sie Gegenstände zur Besprechung zuließen, die das Bestehen der Gewerksvereine überhaupt in Frage stellten.

Nachdem die Unternehmer in Bezug auf die Betriebe ihren Willen durchgesetzt hatten, verloren die beiden anderen Streitfragen der Geschäftsordnung jegliches Interesse. Sie sind am letzten Tage der Form wegen behandelt worden, aber die gefassten Beschlüsse über die Errichtung von Einigungsämtern haben keinerlei Bedeutung. Bemerkenswerth ist jedoch die beinahe brutale Abweisung der von den Arbeitern gestellten Forderung eines achtstündigen Arbeitstages. Die Unternehmer erklärten kurz und bündig, daß die auswärtige Konkurrenz die Vertheuerung der Produktion unmöglich mache, trotzdem mehrere Großindustrielle wie Mather, Riech und Gills mit der Verkürzung der Arbeitszeit vollständig zufrieden sind. Die Konferenz hat sich bis zum 14. ds. Monats vertagt, wird aber schwerlich wieder zusammentreten, und der bittere Kampf geht bis zur vollständigen Erschöpfung eines Theiles weiter.

Zur Frage der Arbeitslosen-Unterstützung.

So dankenswerth die Anregung des Kollegen Heinrich-Dessau zur Erörterung dieser Frage ist, so dürfte die Diskussion schon um deswillen ein Resultat nicht zeitigen, weil bei dem heutigen Stande unserer Organisation die Einführung einer nennenswerthen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und die damit nothwendig werdende kolossale Steigerung der Beiträge ein Experiment von unabsehbarer Tragweite wäre. Die Lösung dieses Problems wird so lange zurückzustellen sein, bis unser Verband nach jeder Richtung zu einer Kampforganisation gestaltet ist. Hierzu wird eine mächtige Erhöhung der Beitragsleistung so wie so unumgänglich sein. Das Verbandsorgan muß noch bedeutend verbessert und der Vorstand derart gestellt werden, daß es ihm weit mehr als bisher möglich ist, in die Agitation eingreifen zu können. Es muß Alles gethan werden, die gewonnenen Mitglieder zu Kämpfern zu erziehen. Das sind unsere nächsten Aufgaben.

Wenn da gesagt wird, daß selbst ältere Mitglieder nach den bisherigen Resultaten der Agitation den Muth verlieren und ihren Austritt aus der Organisation erklären, so ist dem entgegenzuhalten, daß diese Mitglieder Kämpfer niemals gewesen sind. Und wenn sich die Unterstützung der Arbeitslosen nicht als das Zauber mittel erweist, um diese Mitglieder an die Gewerkschaft zu fesseln, so würde man mit deren Verlust trotzdem zu rechnen haben. Ueberdem sind auch Gewerkschaften, die Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, nicht gegen Mitgliederverluste geseit, so daß mit Rücksicht hierauf eine solche nicht eingeführt werden kann.

Die Frauen würden jedenfalls der Einrichtung Sympathie entgegen bringen, wenn ihr nicht der

ungewöhnlich hohe Beitrag gegenüber stände. Dieser würde aber eine bedeutende Höhe erreichen müssen, weil wir uns in viel ungünstigeren Verhältnissen befinden, als fast alle anderen Gewerkschaften.

Selbst wenn man die Arbeitslosen-Unterstützung nicht prinzipiell dem Staate überlassen, sondern sie aus taktischen Gründen in das Thätigkeitsfeld der Gewerkschaften ziehen will, so kann diese Unterstützung niemals Zweck der Gewerkschaften, sondern nur Mittel zum Zweck sein, und dieses Mittel wird sich für die eigentlichen Zwecke der Gewerkschaften als nutzlos erweisen, wenn diese nicht ihren sonstigen Aufgaben in jeder Hinsicht voll gerecht werden können, und das konnte unsere Organisation bisher nur mangelhaft.

Vertagen wir deshalb die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung so lange, bis unser Verband erst einmal besser ausgebaut ist, wenn nicht die wirtschaftliche Entwicklung alsdann eine Diskussion bereits überflüssig gemacht hat.

Bergedorf.

W. Stille.

Kollege Bode, Braunschweig, schreibt: Kollege Heinrich-Dessau regt in Nummer 23 des „Proletarier“ die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung an, um dadurch neue Mitglieder heranzuziehen. Um seiner Behauptung den richtigen Nachdruck zu geben, führt er uns die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften vor Augen, welche die Unterstützung eingeführt haben. Ich glaube im Stande zu sein, das Gegentheil von dem zu beweisen, was Kollege Heinrich behauptet. So viel wie mir bekannt ist, sind es 13 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 61 370, d. h. auf eine Gewerkschaft 4721 Mitglieder (sämmliche Zahlen sind vom Jahre 1895), welche die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt haben. Dagegen haben 39 Gewerkschaften insgesamt 233 131 Mitglieder, d. h. auf eine Gewerkschaft 5975 Mitglieder, die keine Arbeitslosen-Unterstützung zahlen. Ich glaube, hier hat sich Kollege G. Heinrich gewaltig geirrt, als er behauptete, daß durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung die Mitgliederzahl der Gewerkschaften steige, denn es ist aber gerade das Gegentheil der Fall. Betrachtet man die Einnahmen der Gewerkschaften, welche Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, mit den Einnahmen derjenigen, welche keine Unterstützung zahlen, so sehen wir, daß die Einnahme der 13 Gewerkschaften größer ist, als die Einnahme von 33 Gewerkschaften, welche keine Arbeitslosen-Unterstützung zahlen. Die Einnahme der 13 Gewerkschaften mit Arbeitslosen-Unterstützung betrug insgesamt 1 723 966 Mk., d. h. auf 1 Gewerkschaft 132 612,75 Mk. Dagegen haben 33 Gewerkschaften, welche keine Unterstützung zahlen, bloß eine Einnahme von 1 335 588 Mk., d. h. auf 1 Gewerkschaft 40 472,36 Mk. Hieraus erzieht man, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Verbands große Opfer erfordert, aber an eine Zunahme der Mitglieder dadurch ist nicht zu denken. Dies gilt nicht nur für unseren Verband, sondern für alle Verbände. Ich bin zwar für Arbeitslosen-Unterstützung, aber sie soll im lokalen Rahmen ihre Regelung finden. Jede Zahlstelle kann ja die Arbeitslosen-Unterstützung einführen, die Kosten müssen durch Lokalbeiträge gedeckt werden. Ferner ist eine Karenzzeit von einem Jahr zu setzen. Das Mitglied muß ein Jahr der betreffenden Zahlstelle angehören, welche die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt hat. Ich will hiermit das Gebiet der Arbeitslosen-Unterstützung verlassen und der Frage näher treten, die der Kollege Roche-Harburg anspricht. Es freut mich besonders, daß Kollege Roche jetzt dahin kommt, wo wir Braunschweiger schon beim letzten Verbandstages waren, nämlich Zusammenschluß sämmlicher Hilfsarbeiter-Verbände zu einem Verband. Die Braunschweiger werden zum nächsten Verbandstage einen diesbezüglichen Antrag einbringen. Wenn wir uns hier an die Arbeit machen, dann haben wir ein großes Feld vor uns. (Und die Hunderttausende von Fabrikarbeitern, die nach der geschichtlichen Ueberlieferung unseres Verbandes unser Agitationsgebiet bilden sollen, lassen wir wohl links liegen? D. H.) Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, dahin zu streben, daß sämmliche Hilfsarbeiter-Verbände ein Verband werden, daß aus den sechs Fachblättern ein großes Fachorgan wird, und daß von den 6 Hauptvorständen mindestens 5 verschwinden. Nur hierdurch sparen die Hilfsarbeiter viel Geld, und sie werden eine Macht zum Trug des Kapitals. (Es ist Pflicht aller Kollegen, unter den Fabrik-, Land- und Hilfsarbeitern und Arbeiter-

rinnen zu agitieren und nicht aufs Neue die Streitfrage über die Form der Organisation aufzurufen. Was beim letzteren herauskommt, wird uns von anderer Seite in so abschreckender Weise gezeigt, daß man das „Nachmachen“ unterlassen sollte. D. Red.) Ich richte hiermit an alle Kollegen die Frage: Wie ist die Verschmelzung aller Hilfsarbeiter-Verbände in einem Verband möglich? — (Wer Lust hat an fruchtlosen Spekulationen, mag sie beantworten. Zur Debatte steht aber die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. D. M.)

Soziale Mundschau.

Eicherung der Koalitionsfreiheit. Die Abg. Pachnicke und Noefide, von der freisinnigen Vereinigung und den Sozialdemokraten unterstützt, haben folgenden Antrag im Reichstage eingebracht: „Die verbündeten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt, insbesondere a) den § 152 der Reichsgewerbe-Ordnung dahin abändert, daß Betriebsabteilungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie nicht oder nicht nur die unmittelbaren Interessen der sich Verarbeitenden oder Vereinigenden, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im Allgemeinen betreffen oder darauf gerichtet sind, Forderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen; b) den in § 152 der Reichsgewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten; c) den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen begründeten Vereinen Rechtsfähigkeit verleiht, wenn sie den §§ 55 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuches gemäßen.“

— In Ueberach, einem Orte im Kreise Dieburg, unsern Offenbach, ist auf der Wasenhaarschneiderei von Bloch u. Hirsch ein Streit ausgebrochen, an dem zirka 80 Arbeiterinnen, meist Mitglieder unseres Verbandes beteiligt sind. Schon im Frühjahr dieses Jahres machte die Leitung der Fabrik den Versuch, die Löhne der Arbeiterinnen zu kürzen. Der Versuch scheiterte an dem einmütigen Widerstand der Arbeiterinnen. Ob die Firma nun glaubt, das gleiche Spiel mit besserem Erfolg spielen zu können? Den Glauben mag sie haben, auch den Willen, aber „vollbringen das Gute“ wird sie nicht. Einmütig stehen die Arbeiterinnen im Kampfe und hinter den Arbeiterinnen die Organisation. Und nach reiflicher Prüfung finden wir auch nicht die geringste Berechtigung zu der geplanten Lohnsenkung. Die Arbeiterinnen verdienen seither bei 11stündiger Arbeitszeit durchschnittlich 9—10 Mk. Der geplante Abzug beträgt 2—3 Mk. die Woche. Die Arbeit ist weder leicht und angenehm, noch gesund. Arme und Beine der Arbeitenden sind den ganzen Tag in Bewegung. An Ungeziefer ist Ueberfluß, und Fußboden, Fenster, Türen, Pfosten, kurz Alles ist zentimeterhoch mit Staubhaaren bedeckt. Daß darunter die Gesundheit der Arbeiterinnen leiden muß, liegt nahe. Die Vortellungen der zur Rückgängigmachung der Lohnreduktion entsandten Kommission hatten das gewünschte Resultat nicht, und so müssen die Arbeiterinnen im Kampfe verharren, bis die Leitung sich den berechtigten Wünschen der Arbeiterinnen geneigter zeigen und die Lohnreduktion zurückziehen wird.

— Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands tritt in Nummer 50 des Korrespondenzblattes über die Summe von 72106 Mk. 26 Pf., eingegangen zur Unterstützung der nimmehr zur Verteidigung ihrer Koalitionsrechte kämpfenden englischen Maschinenbauer.

Korrespondenzen.

Barabek. Am 10. November tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Sch. durch Erheben von den Eigen geehrt. Punkt 1 der Tagesordnung umfaßte, da der Referent noch nicht erschienen war, verschoben werden, und ersetzte Kollegin Frau M. den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Nach Erledigung dieses Punktes war Genosse Sittensfeld als Referent erschienen und sprach über das Thema: „Staatliche oder private Arbeitslosen-Unterstützung.“ Redner entließte sich seiner Aufgabe in treffender Weise und wurde von den Anwesenden mit reichem Beifall belohnt. Im nächsten Punkt wurde das Regulatorium der Unterstützungs-Kommission nach einigen Abänderungen in seinen sämtlichen Punkten angenommen. Gleichfalls wurde beschlossen, per Quartal und Quartale eine Entgeltgebühr von 10 Pf. zur Unterstützung von in Rath gerathenen Mitgliedern zu entrichten. Dieraus ersetzte Kollege S. den Bericht von der Lübecker Konferenz. Unter „Unsere Organisation“ ersetzte Kollege B. den Bericht von der kombinirten Mitglieder-Versammlung und sprach sein Bedauern darüber aus, daß nicht mehr Kollegen aus unserer Zahlstelle dort amnestet waren. Dem 2. Bevollmächtigten wurden nach längerer Debatte 15 Mark Banco-Geld pro Quartal bewilligt. Der Antrag des Kollegen Ba. wurde, weil letzterer heute nicht erschienen war, bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Alsdann wurde noch ein Antrag zur nächsten Versammlung gestellt, und erfolgte dann Schluß der leider sehr kurz besuchten Versammlung.

Berlin. Ihre letzte Mitgliederversammlung tagte am 11. November in Knabe's Salon. Zum 1. Punkt der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Willard über das Unfallversicherungsgesetz. Wegen des schwachen Besuchs wurde der Vortrag ausfallen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, dem 2. Bevollmächtigten 5 Mk. pro Quartal zu gewähren. Ferner wurden den englischen Maschinenbauern 30 Mk. bewilligt. Kollege Schumann legte dann noch jedem Kollegen aus Herz, Beher für den Versammlungsbesuch zu agitieren.

Braunschweig. Am 17. November (Freitag) tagte im großen Saale des Hofjägers eine von ca. 500 Personen besetzte öffentliche Hilfsarbeiter-Versammlung. In derselben referierte Genosse Adolf Hoffmann über „Das moderne Kambritterthum.“ Redner leitete sein Referat mit einem Zitat Herder's ein, welches Deutschland bedauert, weil es das Opfer eines Kambritterthums sei. Von dessen Thätigkeit verschaffte uns aber der heutige Schulunterricht nur eine recht mangelhafte Kenntnis. Darnach erinnerte sich das Kambritterthum an dem Adel, welcher vom Begehrten, Erbverfall und der Städteplünderung lebte, und welcher zum Theil die Vorherrscher von heute hoch angesehenen Geschlechtern bildet. Das moderne Kambritterthum hat diese primitiven Formen nicht mehr zu sich. Es wagt nicht mehr auf Bergen und an Landstraßen,

sondern mitten im Volke. Eine Spezialität desselben bilden die Plünderer öffentlicher Kassen und Bankdepots, von denen Einzelne auch große Sozialistenbilder waren; dann diejenigen, welche vor der Selbstinschätzung, wie die Statistik ergab, den deutschen Staat um etwa 40 Millionen Mark Steuern jährlich betrogen haben, was man auch außerhalb Bochums als Bochumeret bezeichnet. Da die größte Steuerlast auf den Schultern der Armen, der arbeitenden Bevölkerung liegt, so sind diese Steuerhinterzieher Angehörige der besthabenden Klassen, und mit Recht als Raubritter zu bezeichnen. Eine andere Gattung sind die Spiritusbrenner, von denen 4763 zu rund 5 1/4 Millionen Mark Strafe wegen falscher Angaben dem Staate gegenüber verurtheilt wurden. In gleicher Weise plündern der Ring der Petroleumindustriellen durch künstliche Preissteigerung das Volk um 46 Millionen Mark in einem Jahre. Man weiß von gewisser Seite immer auf die Börse als die Ursache aller Volksausraubung hin, dieselbe ist aber nur das Produkt unserer ganzen Gesellschaftszustände. Sie ist nur ein Auswuchs derselben, der erst verschwinden wird, wenn der ganze Organismus gesund geworden ist. Eine der schlimmsten Raubrittergattungen aber sind die böswilligen Arbeitgeber, welche den Armen, die nichts mehr haben, als ihre Arbeitskraft, durch schamlos niedrige Löhne die letzte Kraft ihrer Knochen rauben, welche, wie neulich in Sachsen, nicht einmal vor der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder beim Steinhauen zurückschrecken, weil diese die geringste Lohnung forderten. Redner erwähnt noch eine Berliner Puppenfabrik, welche für das Duzend Puppen von der schwierigsten Verfertigung 45 Pf. zahlt; sowie die niedrigen Löhne, welche von Rechtsanwältinnen an ihre Bureauangestellten gezahlt werden. Ebenso schamlos ist die Ausbeutung der Frauen und Mädchen, welche angeblich nichts von öffentlichen Dingen verstehen und von der Erörterung derselben hier zu Lande ausgeschlossen sind. Die Arbeiter sollten endlich einsehen, daß das gemeinsame Vorgehen, der Zusammenschluß nur Besserung schaffen kann. Die Organisation und die Aufklärung muß gefördert werden bis zum endgiltigen Siege der Arbeiterklasse. (Beifall.) Nach dem Vortrag wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Hilfsarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, für den Ausbau und das Wachstum der Organisation nach Kräften thätig zu sein. Soweit die Anwesenden noch nicht Mitglieder des Fabrik- und Hilfsarbeiter-Verbandes sind, verpflichten sie sich, denselben beizutreten.“ — Nach einer Pause, in der sich etwa 35 neue Mitglieder aufnehmen ließen, theilte der Vorsitzende, Genosse Ohlendorf, die Lage mit, an welcher die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen stattfinden und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die gesammte Arbeiterbewegung.

Dresden. Eine öffentliche Versammlung der Fabrik-Arbeiter und Arbeiterinnen tagte Sonntag, den 28. November, Nachmittags 3 Uhr, in Stölgers Restaurant. An Stelle des Genossen Friede referierte Genosse Sindermann über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart.“ Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Debatte sprachen sich viele Kollegen im Sinne des Referenten aus. Einem Kollegen wurde hierbei vom Ueberwachenden das Wort entzogen. Ein Vertrauensmann für Pilschen konnte, da von dort wieder nur zwei Kollegen anwesend waren, welche die Wahl nicht annehmen wollten, nicht gewählt werden; die Kollegen G. Krönert und M. Kimmich wurden daher mit der Verwaltung der Zahlstelle beauftragt. Sodann gab der Kollege Kimmich Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells. Die Anwesenden verpflichteten sich, dem Beschluß der Gewerkschaftsversammlung nachzukommen, der darin besteht, daß jedes Mitglied pro Woche 25 Pf. für die englischen Maschinenbauer steuern soll. In „Verbandsangelegenheiten“ entspann sich eine lebhafteste Debatte. Dem Vertrauensmann war Mittheilung gemacht worden, daß ein Mitglied die Verbandsstatuten dadurch verletzt habe, daß es einem Kollegen sein Mitgliedsbuch zum Kauf anbot. Der Mann ist konservatives Gemeinderathmitglied in Dölitzsch. Kollege Sturm bespricht den Fall und ist für Ausschluß; Kollege Kimmich theilt mit, daß dies Mitglied seine Beiträge schon auf das ganze Jahr bezahlt habe, er ist gegen Ausschluß. Die Angelegenheit wird einer dreigliedrigen Kommission überwiesen. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die leidlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Gilbert. Am 24. November hielt in unserer Mitgliederversammlung unter lebhaftem Beifall Frau Zieg einen Vortrag über: „Die Geschichte der Arbeitergesetzgebung.“ Kollege Klinger gab alsdann den Bericht von der Abrechnung und vom Kartell. Zu dem bevorstehenden Sylvestervergnügen wurde ein Komitee gewählt. Unter Punkt Verschiedenes lag ein Antrag zur Unterstützung Arbeitsloser vor, der bis zur nächsten Versammlung vertagt wurde. Dann wurden die Kollegen aufgefordert, bei Wohnungswechsel dem Bevollmächtigten sofort Kenntniß zu geben. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. M. In unserer am 20. November abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Herr Stadtrath Gleich über die Feuerbestattung, deren fakultative Einführung er beantwortete. Dann sei es Jedermann freigestellt, darüber zu verfügen, ob sein Reichthum in der Erde bestattet oder durch Feuer verzehrt werden solle. Die kirchlichen Zeremonien könnten bei der Feuerbestattung ebensogut gewahrt werden, wie bei der Erdbestattung. Feuerbestattung Scheintodter fiele hinweg und Erb- und Familienverhältnisse könnten ebenso wie jetzt beibehalten werden. Würde man in Deutschland dazu übergehen, die Todtenbestattung auf Kosten der Gemeinden vorzunehmen, wie es in der Schweiz bereits geschieht, so würde die Feuerbestattung die billigste und pietätvollste Bestattungsweise sein. Zu den Kreisen der Arbeiter sei besonders die Kindersterblichkeit größer als in den Reichen der Besitzenden und so seien die Bestattungskosten als eine wahre Steuer anzusehen, weil nicht jeder Arbeiter die Bestattungskosten, die als Armenunterstützung zu betrachten seien, der Stadt aufwälzen müsse. Die unentgeltliche Todten- und Feuerbestattung sei als ein Fortschritt auf dem Boden der Sozialpolitik zu betrachten.

Salle a. S. Sonntag, den 28. November, tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale „Zur Stadt Mansfeld“. Zunächst berichtete Kollege Müller als Mitglied der Liquidationskommission über die Abrechnung vom Allgemeinen Arbeiterverein und erklärte, daß letzterer mit einem Kassenbestand von 1250 Mk. übergetreten sei. Die übrigen Kommissions-Mitglieder bestätigten die Angabe. Zum 2. Punkte wird beschlossen, daß das Versammlungslokal auch als Verkehrslokal zu betrachten sei. Auch das Beleggeld wird hier zu jeder Tageszeit ausbezahlt. Zur Unterkunft sollen die reisenden Kollegen an Herrn Familien, Gartenstraße, gewiesen werden. Die zu dieser Versammlung extra eingeladenen Personen waren nicht erschienen.

Salle a. S. Unsere Mitgliederversammlung tagte am Sonntagabend, den 11. Dezember. Unter Punkt 1 hatte die Versammlung Stellung zu nehmen zu dem von dem Gewerkschaftskartell in Antragung gebrachten Zentral-Arbeitsnachweis. Hierzu nahm die Versammlung folgenden Antrag an: „Die organisierten Fabrik-Arbeiter und Arbeiterinnen erklären sich mit dem geplanten Arbeitsnachweis einverstanden und ersuchen die Delegierten des Gewerkschaftskartells, dahin zu wirken, daß er zu Stande kommt.“ Zum zweiten Punkt wurde zunächst die Frage gestellt, warum die Kommission, die mit den Arbeitselementen wegen ihres Verhaltens gegen die Fabrikarbeiter verhandeln sollte, noch keinen Bericht erstattet. Als Antwort wurde die Mittheilung gemacht, daß in nächster Zeit eine Fabrikarbeiter-Versammlung einberufen werden wird, zu der die Maurer-Arbeiter eingeladen werden. Eine weitere Anfrage lautete: Wie steht es mit der Belegschaftsbesprechung? Die Kommission

erklärte, daß sie ihre Arbeiten erst mit dem folgenden Tage beginnen könne, weil bis heute die Mitglieder ihren Verpflichtungen nachkommen sollten. Zum 3. Punkt ward das Verhalten eines Formers aus der Werneburger Gießerei den Arbeitern gegenüber scharf getadelt und ausgesprochen, ein organisierter Arbeiter sollte mehr Humanität gegenüber seinen Mitarbeiter zeigen. Auch wurde Klage geführt über die Stavenhagen'sche Gießerei. Der Verdienst der dortigen Arbeiter bei Unbearbeitet ist so gering, daß sie nicht auf den Tagelohn kommen, auch wird den Puhern sämtlicher Ausschub in Abzug gebracht. Es wird ist von den Puhern keiner zu bewegen, der Organisation beizutreten. Zum Schluß erklärte der Bevollmächtigte noch, sein Amt aus bestimmtem Gründen niederlegen zu müssen.

Hamburg. In der am 27. November tagenden Mitgliederversammlung kamen die Bevollmächtigten und Referenten in Vorschlag. Dann kam die Frage der Arbeitslosenunterstützung zur Besprechung. Mehrere Kollegen sprachen gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung, weil sie eine Ausbeutung des Verbandes befürchteten. Die Kollegen Wittlich und Mörike sprachen für Einführung. Nach Regelung innerer Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Am 1. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung bei Pfabe, Hohe Weichen. Genosse Sittensfeld hielt einen Vortrag über: „Arbeitslosenversicherung.“ Der Referent vertrat die Anschauung, daß die Arbeiter vom Unternehmertum so wenig, wie vom Staat etwas Ersprießliches zu erwarten hätten. Auch durch Selbsthilfe, durch die Organisation der Arbeiter könne etwas Nützliches geschaffen werden. Redner betonte zum Schluß, daß auch die Fabrikarbeiter die Arbeitslosenunterstützung einführen könnten, wenn nur der Wille und das Verständniß vorhanden wären. Nachdem Kollege Sad gegen Kollegen Kahl, aber für Einführung der Arbeitslosenunterstützung gesprochen, wurde beschlossen, die Frage noch einmal einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Ein Antrag, eine Extrasteuer von 10 Pf. zu erheben, wurde angenommen. Dagegen der Antrag, Anschaffung einer Fahne, nach kurzer Kritik abgelehnt. Abgelehnt wurde auch die Abhaltung eines Vergnügens. Nachdem noch einem Kollegen ein Darlehen von 20 Mk. bewilligt worden war, machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die Mitglieder, wenn die Beiträge nicht abgeholt werden, Marken bei dem Kollegen E. Weder, Kr. Neumarkt 41 p., und bei Frau Knabbe, Herrengraben 25, Keller, bekommen können.

Hamburg-St. Georg. Die hiesige Zahlstelle hielt am 16. November ihre Mitgliederversammlung ab. Die Kollegen Ulrich und Ehling gaben den Kartellbericht. 200 Exemplare der Broschüre: „Die Kanone als Industriehelb“ sind beim Gewerkschaftskartell bestellt. Eine Kollege bemerkte, daß sie wegen Vertretung der Verbandsinteressen entlassen worden sei. Zur Unterstützung der Angelegenheiten wurde eine Kommission gewählt. Kollege Martens beantragte, die Mitgliederversammlungen auch in „Hamburger Echo“ bekannt zu geben. Der Antrag wurde abgelehnt und die mündliche Agitation befürwortet. Dagegen wurde der Antrag, die Versammlungen alle 3 Wochen abzuhalten, angenommen. Wegen der vorgerückten Zeit konnte der Vortrag nicht gehalten werden.

Hamburg-Mhlenhorst. In unserer am 24. November im Lokale des Herrn Bieffering stattgehabten Versammlung erstattete die Kollegin Frau M. den Bericht von der Lübecker Konferenz. Darauf wurde die Abrechnung vom Wintervergnügen verlesen, die einen Ueberschuß von 19 Mk. aufwies, wovon 10 Mk. für die Verantwortlichen in Lübeck bewilligt wurden. Der Rest von 9 Mk. wurde der Agitationskasse überwiesen. Alsdann erstattete die Kollegin Frau M. den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Zum 4. Punkte der Tagesordnung, Vereinsangelegenheiten, wurden die Kollegen Hahn und Schaper an Stelle des ausgetretenen Köhne und Frau als stellvertretende Hilfskassierer gewählt. Sodann sprach der Kollege W. über zwei und lagen der Organisation und forderte die Kollegen auf, thätig für den Verband zu wirken; hierzu wurde eine Hausagitationsorganisation beschlossen. Von der Unterstützungs-Kommission wurde ein Regulatorium zur Diskussion vorgelegt, welches als noch nicht genügend ausgearbeitet erachtet und darum ein Beschluß darüber bis zur nächsten Versammlung verschoben wurde. Nachdem die Bevollmächtigte nochmals für die Hausagitation gesprochen hatte, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Hann. In der Mitgliederversammlung am 7. Dezember gab Kollege Struve den Kartellbericht, welcher vom Kollegen Sad ergänzt wurde. Bei der Beratung der inneren Vereinsangelegenheiten wies Kollege Koll auf die schwach besuchte Versammlung hin und meinte, es sei wohl zweckmäßig, die Versammlungen in Horn fallen zu lassen. Kollege Bielefeld wandte sich dagegen und meinte, eine bessere Bekanntmachung würde diesem Uebelstande abhelfen. Derselben Ansicht ist der Kollege Walthers. Es wurde dann beschlossen, an jedem ersten Dienstag im Monat in Horn eine Versammlung abzuhalten und für den Besuch dieser Versammlungen besser zu agitieren. Ferner kamen die Verhältnisse auf dem Kaffeeboden des Herrn Dannehl in Horn zur Sprache, einige anwesende Arbeiterinnen entwarfen ein „niehliches Bild“ von den dort herrschenden Zuständen. Die Löhne schwanken daselbst von 2 Mk. bis höchstens 7 Mk. wöchentlich. Auch in Bezug auf Anmeldung zur Kranken- und Altersversicherung der Arbeiter wurden Klagen laut. Der Kollege Sad erwähnte anschließend noch einen Fall aus eigener Erfahrung. Eine Frau mit ihren 6 Kindern war nicht im Stande, bei angestrengtester Arbeit 10—13 Mk. herauszuschlagen. Besonders bemerkenswerth ist, daß die Arbeitsvermittlung durch den Gemeindepastor besorgt wird.

Hamburg. In unserer am 23. November tagenden Mitgliederversammlung referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Kampf der englischen Maschinenbauer und der Achtstundentag“ Genosse Birner aus Hamburg. Er führte aus: Der Kampf der englischen Maschinenbauer um den Achtstundentag datirt nicht von heute. Schon in den früheren Jahren kämpften sie für denselben, mußten aber nach vierzehnmönatlichem Kampfe kapitulieren. Bevor sie nun dieses Mal in den Kampf eintraten, versuchten sie zunächst mit den Unternehmern eine Konferenz anzubahnen, um den Achtstundentag in friedlicher Weise einzuführen. Aber dies glückte ihnen nicht, sondern das Unternehmertum suchte auf seinen Selbst. Durch dieses Vorgehen der Unternehmer gezwungen, traten die Maschinenbauer in den Kampf ein. Zu gleicher Zeit sperren viele Unternehmer 25 Prozent ihrer Arbeiter aus, um den Kampf in kurzer Zeit zu gewinnen. Aber die Unternehmer haben sich getäuscht, der Kampf dauert schon fünf Monate, trotzdem ist der Kampfesmut der englischen Maschinenbauer noch derselbe. Um nun diesen Kampfesmut zu brechen, setzt der Verband der englischen Maschinenfabrikanten alle Hebel in Bewegung. Dies zeigen uns am besten folgende Beschlässe, welche der Verband Anfang dieses Monats gefaßt hat: 1. Kein Gewerkschafter soll in Zukunft in den Fabriken der Mitglieder des Verbandes angestellt werden. 2. Nur solche Arbeiter sollen Beschäftigung erhalten, die der Versicherungsanstalt des Verbandes beitreten. 3. Ein Arbeiter, der versucht, eine neue Arbeiterorganisation zu schaffen, soll auf die schwarze Liste gesetzt und ihm Beschäftigung in allen Fabriken des Verbandes unmöglich gemacht werden. 4. Diejenigen Firmen, die dem Verbands fernbleiben, sollen dafür zu büßen haben. 5. Der Verband will sich keinerlei schiedsgerichtlichen Entscheidungen fügen, weil jeder unparteiische Vorsitzende einer Konferenz jedenfalls den Arbeitern Zugeständnisse machen würde. 6. Die Streiksperre soll so lange fortgesetzt werden, bis der Gewerkschafter sich zu Tode gebietet hat. Diese Beschlässe zeigen uns am besten, mit welchen brutalen Mitteln auch das englische Fabrikantentum auf dem

Kampfschlacht erscheint. Aber in Betracht zu ziehen ist, daß eine starke Metallarbeiterorganisation ihnen gegenüber steht. Ein guter Dienst ist es, daß die Fabrikanten deutscherseits erweisen wollen, das zeigt uns sehr drastisch der Fall König, der für die kämpfenden Maschinenbauer in einer Versammlung in Kiel Stimmung machen wollte, er wurde kurzer Hand aus dem deutschen Bundesgebiet ausgewiesen. Trotzdem die englischen Maschinenbauer gute Klassen haben, können auch diese nicht die Arbeiterbewegung fürchten. Die Arbeiterbewegung ist die stärkste in der Welt. Der Sieg der englischen Maschinenbauer, wenn er errungen wird, bedeutet eine Kulturverwertung, wie überhaupt jede Verklärung der Arbeitszeit ein Schritt für die Menschheit ist. Diesen Kampf sollen wir zu dem unseren machen. Wenn wir stets unsere Schuldigkeit tun, dann wird auch der Kampf zu Gunsten der englischen Maschinenbauer beendet werden. (Lebhaftester Beifall.) Hierauf wurden den englischen Maschinenbauern 100 Mark bewilligt. Ueber den zweiten Punkt: „Errichtung eines Arbeitersekretariats“, wurden vom Kollegen Martens die Aufgaben und der Zweck desselben in klaren Worten erläutert, aber zur Erhaltung desselben gehöre Geld, und dieses müßte von der organisierten Arbeiterschaft aufgebracht werden. Da wir Fabrikarbeiter zwei Drittel der organisierten Arbeiter bilden, so haben wir ein Drittel der organisierten Arbeiter zu zahlen. Hierzu müßte jedes Mitglied 10 Pfennig beitragen. Wollen Sie diese Kosten auf sich nehmen, so mögen Sie in dem Sinne beschließen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, diesen Punkt noch einmal in einer Mitgliebertagung zu behandeln. Damit soll jedem Mitgliede die Möglichkeit gegeben werden, sich die Sache reiflich zu überlegen, bevor die Gründung des Sekretariats beschlossen wird, wenn, wird die Gründung des Sekretariats beschlossen, so ist jedes Mitglied verpflichtet, für Erhaltung desselben die Kosten zu zahlen. Im „Verschiedenes“ wurde beschlossen, für die streikenden Gummiarbeiter diese Woche als letzte Unterstützungswache gelten zu lassen. Nach Wahl eines Festkomitees erfolgte Schluß der Versammlung.

Hildesheim. In letzter Zeit sind in unserem Orte einige für uns unliebsame Ereignisse eingetreten. Anfangs September machten wir die Entdeckung, daß der 2. Bevollmächtigte sich unseres Vertrauens unwürdig erweisen, indem er uns 113 Mk. unterschlagen hatte. Wegen dieser That hatte sich nun der Mann, Franz Bruhn ist sein Name, am Freitag, den 7. Dezember, vor dem Richter zu verantworten und wurde er zu 3 Monaten Gefängnis und Ertragung der Kosten verurteilt. Dann traf uns die Nachricht von der Entfernung unseres ersten Bevollmächtigten, des Kollegen Carl Hohmann. Seit Sonnabend, den 27. November, um 9 Uhr das Verlehrslokal verließ, um sich nach einem Lokale im Innern der Stadt zu begeben, hat man seine Spur über seinen Verbleib erhalten. Daß Kollege Hohmann sich böswillig entfernt hat, ist aus dem Umstande zu ersehen, daß er sich in seiner Wohnung verborgen hat, um sich einem Lokale im Innern der Stadt zu begeben, hat man seine Spur über seinen Verbleib erhalten. Daß Kollege Hohmann sich böswillig entfernt hat, ist aus dem Umstande zu ersehen, daß er sich in seiner Wohnung verborgen hat, um sich einem Lokale im Innern der Stadt zu begeben, hat man seine Spur über seinen Verbleib erhalten.

Schee. Am 27. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde von dem 2. Bevollmächtigten die Abrechnung vorgelegt und von den Revisoren für richtig befunden. Nachdem unter „Verschiedenes“ einige innere Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, wurde die Versammlung geschlossen. Schon so oft ist die Versammlung geschlossen worden, leider aber vergeblich! Zum letzten Male für dieses Jahr rufen wir Euch zu: erscheint in der am Sonnabend, 18. Dezember, tagenden Versammlung. Wie Ihr wisst, sollen dann neue Vorschläge für die Wahl der Bevollmächtigten und der Revisoren gemacht werden. Ferner verweisen wir auf einen früher gefassten Beschluß, nach welchem am Ende dieses Monats von den Hilfskassirern die 3 Pf. für Hilfskassirer gesammelt werden. Die Mitglieder wollen dies beachten.

Lüneburg. Am 5. Dezember tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Nachdem die Bevollmächtigten vorgelesen worden waren, erstattete Kollege Schnauer den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Ueber die von uns gemündete Einführung eines Arbeitsnachweises entpant sich eine lebhafteste Debatte. Das Kartell hielt den Arbeitsnachweis für unbefriedigbar. Unter „Verschiedenes“ wurde Kollege Schnauer beauftragt, 2500 Botalmarken à 5 Pf. anzuschaffen. Der frühere Kollege Frauböse, genannt Wahl, wird aufgefordert, die Abrechnung vom letzten Vergnügen auszuhändigen, widrigenfalls wir gerichtliche Schritte einleiten müssen. Schließlich wurde ein Antrag zur Abhaltung einer Maskerade eingebracht.

Magdeburg. Am 5. Dezember tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Michelmann. Reichstagsabgeordneter Lees referierte über die internationale Arbeiterbewegung und ihre Bedeutung. Redner führte den seitherigen Verlauf des englischen Maschinenbauersstreiks vor Augen und ermahnte die Anwesenden, das Solidaritätsgefühl gegen die englischen Arbeiter zu heftigen, denn nur dadurch könnten die Arbeiter zum Siege gelangen. Redner betonte dann noch, daß die Zunahme der beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter bewirkt, den Mann vom Arbeitsmarke zu drängen und die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärft, was wieder eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Folge habe. Zum Schluß seines Vortrages ermahnte Redner die Anwesenden noch, ein Jeder von ihnen sollte ein Agitator werden, in den Kreisen seiner Mitarbeiter für die Vereinigung zu wirken; jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau und Mutter sollte ihre Kinder so erziehen, daß sie zu Kämpfern für die Rechte der Arbeiterklasse heranwachsen. Die Versammlung übte dann eine Kritik an dem Beschluß der Zahlstelle Gamm, der die Anschaffung einer Fahne der Gründung einer Bibliothek vorschlägt. Dann wurde ein Vergütungskomitee gewählt. Der Antrag Errichtung einer Bibliothek wurde abgelehnt, nachdem Kollege Grieb erklärt hatte, seine Bibliothek den Kollegen zur Verfügung zu stellen.

München. Die hiesige Zahlstelle hielt am 14. November ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung im neuen Lokale (Kreuzbräu) ab, die ziemlich gut besucht war. Kollege Richter referierte über das Thema „Prostitution“ und entledigte sich seiner Aufgabe in zurückhaltender Weise. Referent ging in seinen Betrachtungen zurück auf die Entstehung dieses Übels und seine Entwicklung, zeigte, wie herzutage das größte Kontingent des Proletariats stellt, was auch begreiflich erscheint, wenn man die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen betrachtet, deren Einkünfte selbst bei den bescheidensten Ansprüchen in den allermeisten Fällen als durchaus ungenügend bezeichnet werden müssen. Redner zeigte zum Schluß, wie die heutige Gesellschaft außer Stande ist, die Prostitution auszurotten, dies vielmehr erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich sein wird. Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion, an der sich die Kollegen Wegger, Zandt und Gammel mit Beispielen beteiligten. Sowohl dem Referenten, als den Diskussionsrednern wurde verdienter Beifall gezollt. Bei Punkt „Verbandsangelegenheiten“:

Wahl eines 2. Bevollmächtigten und dreier Revisoren“, was die Diskussion ebenfalls ungemein lebhaft und wurde bedauert, daß der bisherige 2. Bevollmächtigte sein Amt schon wieder niederlegte, was doch gewiß nicht zur Förderung des Verbandes beiträgt, umso mehr, da angeblich rein persönliche Differenzen mit einigen Kollegen ihn zur Niederlegung seines Amtes trieben. Bei der hierauf folgenden Wahl ging Kollege Beer als 2. Bevollmächtigter und die Kollegen Christian Koppens, Martin Wegger und Wilhelm Zandt als Revisoren hervor. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Gesellschaft der „Schönen Brüder“ einen Betrag von 6 Mark als Grundstock zu einem Agitationsfonds übersandten, welcher mit größtem Dank akzeptiert wurde.

Eine außerordentliche Versammlung unserer Mitglieder tagte am 28. November im Kreuzbräu. Ueber den ersten Punkt des Tagesordnungs, Errichtung eines Arbeitersekretariats, referierte Genosse Rierem. Redner betonte, daß die Errichtung eines Arbeitersekretariats, das vor Allem dazu dienen soll, den Arbeitern Auskunft in Rechtsfragen zu erteilen, schon längere Zeit, aber leider ohne Erfolg, angestrebt worden sei. Die Notwendigkeit für die Errichtung liege in München vor. Referent ging dann in seinen weiteren Ausführungen zu der Tätigkeit eines Arbeitersekretariats über und führte, wenn man das große Arbeitsfeld des Münchener Instituts, welches genanntes Institut erzielte, dürfte es wohl gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß auch hier ein derartiges Institut sehr gut prosperierte zum Wohle vieler Tausende von Arbeitern, gleichviel welcher Partei sie angehören, gleichviel zu welcher Konfession sie sich bekennen. Die Versammlung beschloß einstimmig, die sie treffenden Verpflichtungen zu übernehmen. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung, Kasienangelegenheiten, wurde die Diskussion sehr lebhaft. Den anwesenden Kollegen wurde die Mitteilung zu machen, daß der frühere Kollege Marx die Mitteilung zu machen, daß ihm entgegengebracht wurde, in ganz gemeiner Art und Weise mißbraucht. Daß die früheren Revisoren auch eine Portion Schuld durch ihre grenzenlose Nachlässigkeit tragen, ist ebenfalls sehr bedauerlich und es wird den Kollegen einen großen Kampf kosten, diese Scharte auszuweichen. Von fast sämtlichen Kollegen wurde der Wunsch ausgesprochen, gegen Greger mit unnahezu strenger Strenge vorzugehen und er soll nicht nur den niederträchtigen Wackel, eine junge Arbeiterorganisation auf das Gemeinliche hintergangen zu haben, aufgebracht erhalten, sondern er soll auch empfinden, wie das Strafgesetz derartige Handlungen lohnt. Pflicht der Kollegen wird es aber sein müssen, sich durch eine solche Schurkelei nicht wankelmütig machen zu lassen, sondern mit Feuereifer diese Scharte, an welcher die Zahlstelle längere Zeit bluten wird, wieder auszumachen suchen, und der neu gewählte Kassirer, sowie die Revisoren dürfen Bürgen sein, daß eine solche Gemeinheit nicht mehr vorkommt. Drum auf, Kollegen, zum erneuten Kampf und wir werden einstens auch siegen. Nach Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten allgemeiner Natur wurde die Versammlung, welche von ziemlich langer Dauer war, nach 7 Uhr geschlossen.

Offenbach. In unserer Montag, den 6. Dezember, abgehaltenen Mitglieder-Versammlung referierte Kollege Strech über: „Arbeitslosen-Unterstützung“. Er hob hervor, daß die Arbeitslosigkeit das größte Uebel sei, welches der Kapitalismus mit sich bringe. Durch die Entwicklung der Technik sei es möglich geworden, Frauen, Mädchen und sogar Kinder zu Arbeiten heranzuziehen, die früher nur von männlicher Kraft geleistet werden konnte. In Folge dessen muß also die Arbeitslosigkeit bei männlichen Arbeitern am stärksten hervortreten. Die Produktion wird mit Hilfe der Maschine gesteigert, die Arbeitskräfte in Folge der vorhandenen Reserve billiger. In letzter Zeit wurde nun von verschiedenen Seiten die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung angeregt, und auch in verschiedenen Verbänden mit Erfolg eingeführt. Natürlich giebt es Stimmen, die für, und Stimmen, die dagegen sind. Es wäre gut, wenn nicht immer auf den Kampfescharakter unserer Organisation hingewiesen würde, sondern wenn auch materielle Vorteile geboten würden. Dadurch würde ein größerer Anreiz zum Beitreten entstehen, und die Zugehörigkeit der Mitglieder zum Verbande würde zu einer dauernden. Die Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung wollen die Fürsorge für die Arbeitslosen und Arbeitslosen dem Staate überweisen; aber dieser hat ja bereits Sorge getragen. Will der Arbeitslose leben, muß er sich den Unterhalt verdienen. Die von den Gemeinlichen gewährte Naturalversorgung ist sehr gering und wird nur für Gegenleistung in Form körperlicher Arbeit verabsichtigt. Wird der Arbeitslose einige Male beim Betteln erwischt, so schickt man ihn ins Arbeitshaus; da ist er auch versorgt. Es würde schon betont, daß gerade bei den Hilfsarbeitern die Arbeitslosigkeit am stärksten sei und Streiks unmöglich zu führen wären, was aber bereits widerlegt ist. Man müßte bei den Mitgliedern statistische Erhebungen sammeln, wann, wie oft und wie lange sie arbeitslos waren, und hiernach die Höhe der Beiträge bestimmen. Referent schilderte hierin die Buchdrucker als Muster und weist statistisch an der Hand nach, welche kolossale Unterstützung diese bereits ihren Mitgliedern gewährt in Streiks, Maßregelungen, Reiseunterstützung, Arbeitslosigkeit, Krankheiten, Invalidität, Unzugskosten, besonderen Notfällen und Sterbefällen. Allerdings ist es den Buchdruckern eher ermöglicht, ihre Gewerkschaft stark zu erhalten durch das Zusammenarbeiten. Der wöchentliche Beitrag der Buchdrucker beträgt 1,10 Mk. Nun wird Mancher sagen, das sei ein kolossal hoher Beitrag? Aber da ist zu bedenken, was man zu leisten hat, wenn man anderen Krankenkassen und sonstigen Versicherungen angehört. Der Referent betonte, daß bei verschiedenen Organisationen ein Kasienbestand von 24 Mark pro Mitglied vorhanden war, während unsere Organisation einen Bestand von 74 Pf. aufwies; doch es gab noch Organisationen mit geringerem Bestand, 13 Pf. pro Kopf. Wird ein Streit inszeniert, und der Verband ist ohne Mittel zur Durchführung des Kampfes, so hat der Unternehmer schon halb gewonnen. Bertragen wir dagegen über Kampfesmittel, so wächst unsere Macht in den Augen des Unternehmers, er ist zu Konzessionen geneigt. Die Freunde der Arbeitslosen-Unterstützung sagen, der Verband wird nach Einführung derselben gewaltig wachsen. Die Gegner müssen das Anwachsen der Organisation zugeben, aber trotzdem wird immer noch ein großer Teil gleichgültiger Kollegen zu verzeichnen sein, die ihren Beitrag nur dann bewerkstelligen, wenn Hilfe nötig ist. Wir haben das ja bei jedem Streit erlebt. Da laufen sie natürlich in Laufen herbei nach Beendigung des Streiks, lehren aber Biele dem Verbande den Rücken. Sehen sie jedoch weitere Vorteile, so wird dieses weniger der Fall sein. Bei einer gestiegenen Gewerkschaft ist eine starke Kasse vorhanden, und es kann in Folge dessen auch schon ohne Streit Einfluß auf die Kapitalisten ausgeübt werden. Wir können Forderungen stellen, Ertragskonten festhalten. Der Kapitalist benutzt immer schlechten Geschäftsgang und die Ungunst der Jahreszeit, um die Löhne zu drücken. Sind wir aber gestärkt, mit Geldmitteln versehen, dann können wir den Fehdehändeln der Unternehmer aufnehmen. Der Redner fand die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nur empfehlen. Von den an der Debatte sich beteiligenden Rednern waren 3 für und 1 gegen die Einführung. Nach dem Kartellbericht waren die Beisitzerkandidaten zum Gewerbegericht aufzustellen. Die Versammlung beauftragte die Zahlstellenleitung, sich nach geeigneten Kandidaten umzusehen.

Potsdam. Am 6. Dezember tagte im Lokale des Herrn Glaser eine öffentliche Versammlung. Der Referent Theodor Meyer-Berlin referierte über das Thema: „Unternehmer- und Arbeiter-Verbände“. Der schlechte Versammlungsbesuch gab dem Referenten zunächst Veranlassung zu Aussellungen. Er

der schweren Arbeit, die die Bevollmächtigten übernehmen und jeden Kollegen schriftlich zu der Versammlung einladen, und trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung nur wenige Versammlungsbesucher erschienen. Referent ging auf sein Vortragsthema ein und hob hervor, daß man eine derartige Bauheit in den Unternehmer-Verbänden nicht zu verzeichnen habe, hauptsächlich wenn es sich um die Erteilung, um verlängerte Arbeitszeit und Verringerung des Lohnes der Arbeiter handle. Am schwersten treffe dies den ungelerten Arbeiter, welcher bald in dieser, bald in jener Branche Beschäftigung suchen müsse. Dazu müßte der ungelerte Arbeiter auch noch mit denjenigen Arbeitskollegen rechnen, welche von den Unternehmern von Polen oder Schlesien herangezogen werden, um dadurch billigere Arbeitskräfte sich zu verschaffen. Darum ist es notwendig, die Arbeiter zu einem festen Zusammenhalten zu bewegen, um mit vereinten Kräften in den Kampf um das tägliche Brot treten zu können. Referent führte sogar Beispiele an, daß es die Verwaltungen größerer Städte gar nicht verabscheuen, bei größeren Unternehmungen die Kommunalsteuer zahlenden Arbeiter zu umgehen, dafür billigere Arbeitskräfte aus anderen Gegenden kommen lassen. Da ist es denn wohl notwendig, daß sich die Arbeiter zusammenschließen, um dagegen Protest zu erheben. Referent sprach sich auch dahin aus, daß alle Anwesenden für die Agitation thätig sein müßten, daß er in Zukunft eine besser besuchte Versammlung finden werde, und dann werde auch wohl eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Potsdamer Arbeiter herbeigeführt werden. Der Vortrag des Referenten wurde mit großem Beifall aufgenommen. Da sich zur Diskussion Niemand meldete, wurde zum 3. Punkt übergegangen: „Wie stellen wir uns zur Lohnfrage im nächsten Frühjahr?“. Genosse Staab führte aus, daß, wenn man in einen Kampf eintreten wolle, auch vorher die notwendigen Opfer gebracht werden müßten. Denn zu allen Unternehmungen wäre Geld die erste Vorbedingung. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die durch Verkauf von Marken die nötigen Gelder aufbringe. Die Versammlung wurde geschlossen.

Rothenburgsort. Am 24. November tagte im „Marienhof“ unsere Mitglieder-Versammlung. Der angelegte Vortrag konnte, weil der Referent nicht erschienen war, nicht gehalten werden. Den Kartellbericht erstattete Frau Kaltenthaler. Bei Punkt 3 der Tagesordnung brachten Frau Grafe und einige andere Kolleginnen Uebelstände zur Sprache, die auf dem Kaffeetisch von Meyer und Bandholz bestanden. Den Darlegungen nach verdienen die Kolleginnen mit knapper Roth 4-6 Mark die Woche, trotzdem ihnen bei Beendigung des vorjährigen Streiks ein Lohn von 12 Mark garantiert worden ist. Frau Grafe nahm im Auftrage ihrer Kolleginnen mit den Firmeneinhabern Rücksprache wegen einer kleinen Lohnaufbesserung. Die Mitarbeiterinnen erhielten auch 80 Pf. für die letzte Woche ausbezahlt, aber Frau Grafe erhielt die Entlassung. Die Versammlung erließ in der Entlassung eine Maßregelung und wählte 4 Kolleginnen, welche mit den Geschäftsinhabern wegen Wiedereinstellung in die Arbeit verhandeln sollen. Dann wurden Frau Kaltenthaler und Kollege Müller als Hilfskassirer gewählt. Zuletzt wurde der Antrag angenommen, im nächsten Sommer eine Dampftour zu veranstalten, mit den Vorarbeiten wurden die Bevollmächtigten betraut.

Sudenburg. Die hiesige Zahlstelle hielt am 5. d. M. im Deutschen Hof ihre Mitglieder-Versammlung ab. Genosse Karl Vogt sprach über Zweck und Ziel der Organisation in recht zufriedenstellender Weise. Die Notwendigkeit der Organisation und der Existenz einer Arbeiterpresse führte er deutlich vor Augen. Er besprach sowohl die Unternehmer- wie auch die Arbeiterorganisationen, ferner die kapitalistischen und die sozialistischen Pressen. Das Referat hatte so gut gewirkt, daß sich zur Freude der alten Mitglieder 61 neue aufnehmen ließen. Im Verschiedenen besprachen einige Genossen Fabrikantstände. Beispielsweise wurden die Abortverhältnisse der Sudenburger Zuckerfabrik kritisiert. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Bruno Fohl vorgeschlagen.

Wedel. Unsere Versammlung tagte am 7. Dezember. Nachdem einige Kollegen sich hatten aufnehmen lassen, wurde über die Lübecker Konferenz Bericht gegeben. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen einverstanden, mit Ausnahme mit dem, der die Zahlstellen zur Zahlung eines Beitrages von 3 Pf. pro Mitglied und Quartal verpflichtet. Die Versammlung beschloß, die Agitations-Kommission nach Kräften zu unterstützen. Die Versammlung besprach dann noch einmal das uns durch den Bürgermeister unterfangte Vergnügen. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution gegen das Vorgehen des Bürgermeisters und beauftragte den Bevollmächtigten, Beschwerde zu führen, und Alles zu thun, damit das Vorgehen des Bürgermeisters in die Öffentlichkeit komme. Am Sylvester-Abend wird eine öffentliche Versammlung im Vereinslokale abgehalten. Dann ging noch ein Antrag des Kollegen Müller ein, die Versammlungen alle drei Wochen tagen zu lassen, weil dann die auf der Zuckerfabrik beschäftigten Kollegen Gelegenheit zum Besuche erhalten. Der Antrag wurde angenommen. Ein Antrag, bei dem Kollegen Müller in Schular ein Verlehrslokal zu errichten, ward bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zum Schluß machte Kollege Friebe die Mitteilung, daß der Schranf fertig gestellt sei und 21 Mark kostet.

Eingefandt.

Mugsburg. Am 24. November wurden hier die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht vorgenommen. Für die von den organisierten Arbeitern aufgestellte Liste wurden 3672 Stimmen abgegeben, während der von den Arbeitgeber und ihren Verbündeten patronisierte Arbeiter-Ordnungsbrei 3241 Stimmen erhielt. Darob natürlich großer Aerger im Lager der Gegner, die mit scheelen Augen zusehen, wenn die Arbeiter bei den Gewerbegerichten für eine unabhängige Vertretung ihrer Interessen eintreten, anstatt dieses Geschäft einigen von den Unternehmern ausgesuchten Musterknaben zu überlassen. Am 25. November, also einem Tage nach der Wahl, wurden auf der hiesigen Maschinenfabrik, wo der Ordnungsbrei 738 Stimmen erhalten hatte, während 674 Stimmen für uns aus der Urne kamen, 12 Genossen entlassen. Allgemein wird hier angenommen, daß zu diesen Entlassungen kein Grund vorlag, und daß sie nur erfolgt seien, weil man in den Entlassenen Leute erblickte, die eine wahrhafte Vertretung der Arbeiterinteressen anstreben und auch demgemäß bei der Wahl ihre Stimmen abgaben. Recht eigentümlicher Kampfesmittel bedienen sich die „Männer der Ordnung“ zur Erreichung ihrer Ziele, Mittel, die eben so weit entfernt von der Ordnung als der Sitte sind. Oder gehört es zur heutigen Ordnung, daß man Männer, die jahrelang für das Institut ihre Kräfte einsetzten, an der Schwelle des Winters, kurz vor dem „Feste der Liebe“ entläßt, sie die Hungerpeitsche fädeln läßt, weil sie den Muth einer eigenen Ueberzeugung besitzen? Mithin wird es der „Ordnung“ blutwenig.

